EINE NEUE ORDNUNG DER HILFE? WIE POLITIK UND GESELLSCHAFTLICHES KLIMA DIE SOZIALE ARBEIT VERÄNDERN

von Dr. Elke Alsago und Prof. Dr. Nikolaus Meyer

Die Soziale Arbeit steht gegenwärtig vor einer Entwicklung, die in ihrer Tragweite noch immer unzureichend öffentlich reflektiert wird. In politischen Reformprozessen, programmatischen Verschiebungen und öffentlichen Debatten verdichten sich Hinweise darauf, dass sich die Orientierungen sozialstaatlicher Unterstützung grundlegend verändern. Dies zeigt sich beispielsweise im Mitte April vom Paritätischen Wohlfahrtsverband veröffentlichten internen Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden: Hierin sind Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sozialen Arbeit bei Behinderung von mindestens 8,6 Milliarden Euro vorgesehen. Dieser Wandel betrifft längst nicht mehr einzelne Arbeitsfelder isoliert, sondern lässt sich als Teil einer übergreifenden Entwicklung verstehen, welcher die Soziale Arbeit insgesamt betrifft – und damit auch die Kinder- und Jugendhilfe in ihren unterschiedlichen Ausprägungen.

Der Kern dieser Entwicklung lässt sich zugespitzt so beschreiben: Auf soziale Krisen, Ungleichheiten und Konflikte wird politisch immer seltener mit dem Ausbau von Bedingungen, Beziehungen und professioneller Autonomie reagiert, sondern mit Appell an Selbstverantwortung, Steuerung, Diagnostik, Restriktion und Kontrolle. Was zunächst wie eine Vielzahl einzelner Maßnahmen erscheint, fügt sich damit zu einer neuen Ordnung der Hilfe.

Ein zentraler Ausgangspunkt dieser Beobachtungen liegt in der Weiterentwicklung des SGB II (Bundestag, 2026a). Hier zeigt sich eine deutliche Verschiebung in der Gewichtung von Unterstützung und Kontrolle (Meyer, 2026a): Administrative Pflichtverstöße in der Grundsicherung werden funktional in die Nähe kinderschutzrechtlicher Gefährdungsanlässe gerückt, wodurch sich Anlasslogik, Eingriffsschwelle und Verantwortungszuschreibung im SGB VIII verschieben (ebd.). Diese Kopplung dient weniger einer präziseren rechtlichen Steuerung als einer politischen Entlastung und hat für Jugendämter erhebliche professionstheoretische, organisatorische und fachpolitische Folgen (Meyer, 2026b).

Gleichzeitig bleibt diese Entwicklung nicht auf das SGB II beschränkt. Auch andere politische Vorstöße deuten in eine ähnliche Richtung. Wenn etwa eine Absenkung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre ernsthaft diskutiert wird (IGFH, 2026), verweist dies auf eine Verschiebung im Umgang mit Kindern und Jugendlichen selbst: weg von einer primären entwicklungs- und unterstützungsorientierten Perspektive, wie sie das SGB VIII bislang prägte, hin zu einer stärkeren Markierung von Verantwortlichkeit, Zurechenbarkeit und Sanktionierbarkeit.

Diese politische Verschiebung ist nicht nur administrativ, sondern auch diskursiv verankert. Wenn der Präsident des Bundes der Steuerzahler von einer „Sozialleistungsindustrie“ spricht (Holznagel & Loskant, 2026), die dafür sorge, „dass sämtliche Angebote des Staates auch genutzt werden und neue dazukommen“, wird ein Deutungsmuster sichtbar, das weit über eine Einzelposition hinausweist. Sozialstaatliche Leistungen erscheinen darin nicht mehr als Antwort auf Bedarf, Notlagen oder gesellschaftliche Verantwortung, sondern als Teil einer sich selbst verstärkenden Versorgungslogik. Soziale Dienste gelten damit nicht als Bearbeitung sozialer Problemlagen, sondern als deren Mitverursacher oder Verstärker. Die Unvollständigkeit dieser Perspektive liegt darin, dass gesellschaftliche Spannungen nicht auf ökonomische Stagnation, wachsende Ungleichheit oder prekäre Lebenslagen zurückgeführt werden, sondern auf den Sozialstaat selbst. Damit verändert sich die politische Grammatik sozialer Fragen grundlegend: Der Fokus verschiebt sich von der Bearbeitung sozialer Probleme hin zu ihrer Begrenzung. Sozialpolitik erscheint nicht mehr primär als Gestaltung sozialer Teilhabe, sondern als Steuerung von Inanspruchnahme – mit unmittelbaren Folgen für Leistungen, Organisation und professionelle Praxis. In dieselbe Richtung weisen Äußerungen wie jene des stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden und ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Kubicki, der Sozialarbeiter*innen auf einer Veranstaltung als „überflüssige Menschen“ bezeichnete (Meyer & Alsago, 2026a). Dass diese Verschiebung längst gesellschaftlich anschlussfähig ist, zeigt sich auch in medialen Stimmungsbildern: In einer ARD-Sendung vom 25.3.2026 antworteten auf die Frage „Können wir uns diesen Sozialstaat noch leisten?“ nur 48 % der

> **DER FOKUS VERSCHIEBT SICH VON BEARBEITUNG ZU BEGRENZUNG**

100 zufällig ausgewählten Teilnehmenden zustimmend. Diese Entwicklungen berühren eine historische Dimension, die für die Soziale Arbeit nicht beliebig ist. Die Beteiligung der Wohlfahrtspflege an der sozialrassistischen Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus verweist darauf, dass eine Orientierung an Effizienz, Ordnung und gesellschaftlicher ‚Nützlichkeit' professionelles Handeln nicht begrenzt,

sondern unter bestimmten Bedingungen gerade legitimieren kann. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, wie Soziale Arbeit heute auf entsprechende politische und gesellschaftliche Verschiebungen reagiert, nicht nur eine fachliche, sondern auch eine zutiefst (berufs-)ethische.

Immerhin bleiben solche diskursiven Verschiebungen nicht nur symbolisch, sondern übersetzen sich in konkrete Formen politischer Steuerung. Das zeigt sich derzeit im Umgang mit der Sprachbildung in den Kitas und ihrer Neuordnung nachdem das Sprach-Kita-Programm ausgelaufen war. Trotz jahrelanger positiver Erfahrungen etablierter Strukturen und guter Resonanz der Praxis, tritt nun eine neue Logik an die Stelle, bei der Diagnostik und Förderprogramme Beziehungen ersetzen sollen (Bundestag, 2026b). Sprach- und Entwicklungsstände sollen systematisch erhoben, dokumentiert, ausgewertet und verglichen werden, während die dafür notwendigen strukturellen Voraussetzungen – insbesondere Personalausstattung, Zeitressourcen und stabile individuelle Bildungsbegleitung für die Bearbeitung der Testergebnisse – politisch ausgeklammert bleiben (Alsago & Meyer, 2026). So entsteht ein Modell, in dem Diagnostik zum Steuerungsinstrument in einem strukturell unterausgestatteten System wird. Förderung soll funktionaler, präziser, nachweisbarer und anschlussfähiger organisiert werden. Die Stigmatisierung und Kategorisierung von Kindern werden dabei wissentlich in Kauf genommen, ohne dass daraus tatsächlich verlässliche pädagogische Unterstützung folgt.

Ähnliche Verschiebungen zeigen sich auch im Umgang der Bundesregierung mit der Finanzierung von Demokratie-Projekten: Nicht der dauerhafte Ausbau verlässlicher demokratischer Infrastruktur steht im Vordergrund, sondern ihre Neubewertung unter Gesichtspunkten von Wirkung, Steuerbarkeit und politischer Priorisierung. Damit geraten nicht nur einzelne Angebote, sondern demokratische Unterstützungsstrukturen selbst unter Rechtfertigungsdruck. In diesel-

> **PÄDAGOGISCHE ZUSTÄNDIGKEIT WIRD FAKTISCH DURCH SICHERHEITSLOGISCHE INTERVENTION ERSETZT**

be Richtung weist die angekündigte Reform des SGB VIII. Der Referentenentwurf sieht beispielsweise vor, dass Hilfen zur Erziehung nur noch nachrangig gewährt werden sollen. Der Reformentwurf erhöht also die Hürden für konkrete Hilfeangebote und wird so zu einer Problemeskalation der Jugendhilfe führen. Viele der Änderungen reagieren auf die gegenwärtige Krise der Kinder- und Jugendhilfe vor allem jedoch über mehr Ordnung, mehr Verfahren und mehr Steuerung – nicht über eine entsprechende Stärkung der Bedingungen professioneller Arbeit.

Gerade darin zeigt sich, dass politische Deutungsmuster Sozialer Arbeit nicht folgenlos bleiben. Sie strukturieren Entscheidungen, beeinflussen öffentliche Wahrnehmungen und wirken bis in die Praxis hinein. Wenn soziale Angebote primär als Kostenfaktor erscheinen, geraten sie unter Rechtfertigungsdruck – gerade von rechten Kräften (Krüger, 2022). Wenn ihre Wirkungen als schwer messbar gelten, werden sie zunehmend standardisiert, dokumentiert, kontrolliert und stärker an Nachweise individueller Mitwirkung gebunden (Bundestag, 2026c). In der Summe entsteht ein Bild, in dem Soziale Arbeit weniger als eigenständige professionelle Praxis erscheint, sondern stärker als Instrument zur Erreichung politischer Zielvorgaben (ebd.).

Diese Logik von Steuerung, Restriktion und Kontrolle zeigt sich schon länger in konkreten fachpolitischen Auseinandersetzungen, etwa im Kontext geschlossener Unterbringung (Lindenberg & Lutz, 2021). Hier bleibt es nicht bei abstrakten Debatten: Freiheitsentziehende Maßnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen werden konkret geplant und gezielt eingesetzt. So entstehen Einrichtungen, in denen bereits für junge Kinder mit komplexem Unterstützungsbedarf geschlossene Unterbringung auf Grundlage familiengerichtlicher Beschlüsse vorgesehen ist – trotz anhaltender fachlicher Kontroversen und vorhandener Alternativkonzepte (ebd.). Zugleich verschiebt sich die öffentliche und politische Begründung solcher Maßnahmen: Kinder und Jugendliche werden verstärkt als ‚hochauffällig' oder als Gefährdung adressiert, während Forderungen nach einem Ausbau geschlossener Einrichtungen zunehmen. Damit wird ein Instrument, das lange als fachlich problematisch und ethisch hoch umstritten galt, zunehmend normalisiert und sicherheitspolitisch begründet. Der Rückgriff auf geschlossene Formen der Unterbringung verweist so auf eine Verschiebung, in der Gefahrenabwehr und

Kontrolle gegenüber pädagogischen und entwicklungsorientierten Ansätzen an Gewicht gewinnen und die Grenzen staatlicher Eingriffe in die Lebensführung junger Menschen neu gezogen werden.

Diese Entwicklung markiert jedoch keinen isolierten Bruch, sondern zeigt bereits etablierte, institutionell verankerte Formen von Restriktion und Kontrolle innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe. Empirische Analysen illustrieren, dass solche Praxisformen keineswegs randständig sind. So sind sogenannte Stufenpläne, die den Alltag junger Menschen entlang von Phasen zunehmender oder abnehmender Rechte strukturieren, in stationären Einrichtungen weit verbreitet und stellen für viele Einrichtungen eine zentrale Orientierungsgröße dar (Pluto u.a., 2024). Diese Modelle koppeln grundlegende Teilhaberechte systematisch an Anpassungsleistungen und machen selbstverständliche Handlungsmöglichkeiten – soziale Kontakte, Bewegung, Rückzug – zu konditional gewährten Privilegien (Lutz, 2019). Teilhabe wird damit nicht mehr als Ausgangspunkt verstanden, sondern als Ergebnis erfolgreichen Wohlverhaltens.

Die aktuelle Rückkehr geschlossener Unterbringung kann insofern nicht isoliert betrachtet werden, sondern schließt an bestehende institutionelle Formen von Restriktion und Kontrolle an und verschärft diese weiter. Wie weitreichend diese Verschiebungen bereits sind, zeigt sich exemplarisch in aktuellen Berichten über den Einsatz von Sicherheitsdiensten in der Jugendhilfe (Rummel, 2026). Fachlich besonders alarmierend ist das dahinterliegende Muster: Pädagogische Zuständigkeit wird faktisch durch sicherheitslogische Intervention ersetzt. Die Verschiebung von pädagogischer zu sicherheitsorientierter Praxis markiert einen qualitativen Bruch, der die Grundlagen professionellen Handelns berührt (Alsago & Meyer, 2023).

Gerade hier verdichtet sich, was zuvor auf politischer und programmatischer Ebene sichtbar wurde: Wenn Unterstützungssysteme unter Druck geraten, personelle und fachliche Ressourcen fehlen und zugleich Erwartungen an Kontrolle steigen, dann verändern sich nicht nur Programme oder Zuständigkeiten, sondern die konkreten Interaktionen mit Kindern und Jugendlichen (Meyer & Alsago, 2025a). Die Grenze zwischen Hilfe und Zwang wird unscharf. Pädagogische Beziehung wird durch Intervention ersetzt, die primär auf Gefahrenabwehr und Kontrolle zielt (Meyer & Alsago, 2025b). Für die betroffenen jungen Menschen bedeutet dies nicht nur veränderte institutionelle Abläufe, sondern eine grundlegende Verschiebung ihrer Erfahrung von Unterstützung (Müller, 2025).

Gerade für die Kinder- und Jugendarbeit ist diese Entwicklung von besonderer Bedeutung. Auch wenn viele der genannten Reformen andere Leistungsbereiche betreffen, wirken sie auf die gesamte Gemengelage, in der Kinder und Jugendliche aufwachsen. Kinder- und Jugendarbeit ist in besonderer Weise Resonanzraum dieser Entwicklungen. Hier werden gesellschaftliche Erwartungen, politische Steuerungslogiken und individuelle Lebenslagen unmittelbar wirksam. Wenn sich Erwartungen an Anpassung, Leistungsfähigkeit und Selbstverantwortung verschärfen, dann zeigen sich ihre Folgen nicht zuletzt in den Einrichtungen und Angeboten, die junge Menschen begleiten.

Zugleich lässt sich innerhalb der Sozialen Arbeit selbst eine Entwicklung beobachten, die diese Verschiebungen aufnimmt und verstärkt. Ein zentrales Moment betrifft das Verhältnis von Nähe und Distanz. Professionelle Beziehungsarbeit gilt seit jeher als Kern Sozialer Arbeit (Gahleitner, 2025). Sie basiert auf Vertrauen, Verlässlichkeit und der Möglichkeit, sich auf die Lebenslagen von Adressat*innen einzulassen (Thiersch, 2026), ist aber zugleich durch das Erfordernis professioneller Distanz strukturiert. Aktuelle Entwicklungen deuten darauf hin, dass sich dieses Verhältnis verschiebt (Schilling u.a. 2023; Alsago & Meyer, 2023). Nähe wird zunehmend problematisiert, Distanz hingegen als Ausdruck von Professionalität betont. Beziehungen werden stärker regelgeleitet, abgesichert und kontrolliert – ein Prozess, der als „gedrosselte Beziehung" beschrieben wurde (Friedrichs & Waluga, 2021). Nähe erscheint hier nicht mehr als Voraussetzung gelingender pädagogischer Prozesse, sondern als potenzielles Risiko, das begrenzt und kontrolliert werden muss. Damit geraten Vertrauen, Verlässlichkeit und langfristige Bindungen unter Druck – gerade in Arbeitsfeldern, in denen Kinder und Jugendliche auf stabile Beziehungen angewiesen sind (Meyer, 2026c).

Diese Entwicklung wird durch aktuelle Tendenzen zur Öffnung fachlicher Qualifikationsanforderungen zusätzlich verstärkt. In verschiedenen Arbeitsfeldern – besonders sichtbar in der Kindertagesbetreuung, aber auch im schulischen Ganztag – wird der Quereinstieg politisch forciert (Meyer & Buballa, 2025). Was kurzfristig als pragmatische Lösung erscheint, verweist auf eine grundlegende Verschiebung: Professionelle Standards werden nicht mehr primär aus fachlichen Notwendigkeiten heraus bestimmt, sondern zunehmend unter arbeitsmarkt- und steuerungspolitischen Gesichtspunkten verhandelt (Alsago u.a. 2025). Damit verändert sich nicht nur

die Zusammensetzung der Teams, sondern auch das Verständnis dessen, was als fachlich qualifizierte Soziale Arbeit gilt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der politischen Rolle Sozialer Arbeit neu. Sie ist nicht nur Ausführungsinstanz, sondern Teil öffentlicher Aushandlungsprozesse darüber, wie Gesellschaft mit Ungleichheit, Konflikten und Verletzbarkeiten umgeht. Damit ist sie nicht nur betroffen, sondern gefordert, diese Veränderungen zu adressieren – durch fachliche Stellungnahmen, gewerkschaftliche Organisierung, öffentliche Interventionen oder wissenschaftliche Analysen.

Die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit stehen damit vor einer Entscheidung, die sich nicht delegieren lässt: Sie können die beruflichen Veränderungen hinnehmen, sich schrittweise an veränderte Rahmenbedingungen anpassen und so zu Erfüllungsgehilfen dieser Politik werden. Oder sie können beginnen, die damit verbundenen Verschiebungen sichtbar zu machen, zu kontextualisieren und öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Eine solche Positionierung ist voraussetzungsvoll. Sie erfordert Zeit, Räume für Reflexion und die Bereitschaft, Konflikte auszuhalten (Meyer & Alsago, 2025a). Gerade diese Voraussetzungen fehlen unter den beschriebenen Bedingungen häufig – und genau darin liegt ein Teil des Problems. Umso notwendiger ist es, die politischen Verschiebungen nicht als Sachzwang oder bloße Verwaltungsmodernisierung zu akzeptieren. Die aktuellen politischen Entwicklungen und das gesellschaftliche Klima machen deutlich, dass diese Fragen nicht abstrakt sind. Sie betreffen den Alltag sozialpädagogischer Praxis ebenso wie die Bedingungen, unter denen diese Praxis stattfindet. Die Herausforderung besteht darin, diese Zusammenhänge nicht aus dem Blick zu verlieren und ihnen nicht sprachlos zu begegnen: Grenzverschiebungen sichtbar zu machen, kritisch zu analysieren und öffentlich zu widersprechen – im Interesse der Kinder, der Familien und der professionellen Integrität der in der Sozialen Arbeit Beschäftigten.

Literatur:

Alsago, E. & Meyer, N. (2023). Prekäre Professionalität. Opladen: Budrich.

Alsago, E. & Meyer, N. (2026). Hilft ein neues Qualitätsentwicklungsgesetz? Kindergarten heute (3), 8.

Bundesregierung (Hrsg.) (2026). Bürgergeld soll zur neuen Grundsicherung werden. URL: https://shorturl.at/FcLdd [20.3.2026].

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2026a). Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 5. Januar 2026 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Drucksache 21/3520, 57.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2026b). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion "Die Linke": Umsetzung des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD - Sprach-Kitas und Startchancen-Kitas. Drucksache 21/3411.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2026c). 16. Sitzung des Bildungsausschusses. URL: https://shorturl.at/HbD4o [20.3.2026].

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2026d). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion "Die Linke": Inklusive Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe vor dem Hintergrund der Belastung der Beschäftigten. Drucksache 21/4094.

Friedrichs, L. & Waluga, A. (2021). Die gedrosselte Beziehung. Wiesbaden: Springer.

Gahleitner, S. B. (2025). Soziale Arbeit – eine Beziehungsprofession. ESOZAO Enzyklopädie Soziale Arbeit Online, 1-19.

Holznagel, R. & Loskant, B. (2026). „Die Sensibilität der Steuerzahler ist gestiegen". Fuldaer Zeitung (14.3.2026). URL: https://shorturl.at/KTPLr [19.3.2026].

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (Hrsg.). (2026). Keine Herabsenkung der Strafmündigkeit! URL: https://shorturl.at/RDMjF [20.3.2026].

Krüger, C. (2022). Parlamentarische Einflussnahmen der AfD auf die Soziale Arbeit. Sozialmagazin (1-2), 95-97.

Lindenberg, M. & Lutz, T. (2021). Zwang in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer.

Lutz, T. (2019). Autoritäre Stufenmodelle zur Verhaltensanpassung in der Kinder- und Jugendhilfe. Widersprüche, 39 (154), 69-81.

Meyer, N. (2026a). SGB II-Sanktionen als Auslöser jugendhilferechtlicher Befassung? Das Jugendamt (3), 130-133.

Meyer, N. (2026b). Kinderschutz oder Kontrollpolitik? DGSA Blog. URL: https://shorturl.at/qqhPe [20.3.2026].

Meyer, N. (2026c). Echte Erziehung in kalten Zeiten. Stimmen der Zeit (3), 185-195.

Meyer, N. & Alsago, E. (2025a). Zwischen Professionalität, strukturellen Defiziten und neuer Kälte: Verletzendes Verhalten und Gewalt in der Sozialen Arbeit. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (7), 310-316.

Meyer, N. & Alsago, E. (2025b). Erziehung in der Krise? Aus Politik und Zeitgeschehen (52), 34-39.

Meyer, N. & Alsago, E. (2026a). Überflüssig für wen? Warum die Abwertung Sozialer Arbeit demokratiegefährdend ist. ver.di-Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft. URL: https://tinyurl.com/8ayxnhf8 [20.3.2026].

Meyer, N. & Alsago, E. (2026b). Zwischen Überforderung und Anerkennung: Wie strukturelle Belastungen verletzendes Verhalten in der Sozialen Arbeit begünstigen. In Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge (Hrsg.), Soziale Berufe zwischen Überforderung und Professionalisierung (S. 30-38). Freiburg: Lambertus-Verlag.

Meyer, N. & Buballa, W. (2025). Wer darf in KiTas pädagogisch tätig sein? Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Müller, D. (2025). Meine Erfahrungen mit dem Personalmangel in der Jugendwohngruppe. In E. Alsago, R. Braches-Chyrek & N. Meyer (Hrsg.), Personalmangel in der Sozialen Arbeit. Katalysator der Deprofessionalisierung? (S. 105-108). Wiesbaden: Springer.

Pluto, L., Mairhofer, A., Peucker, C. & van Santen, E. (2024). Einrichtungen stationärer Hilfen zur Erziehung. Weinheim: Beltz.

Rummel, A. (2026). "Er hatte immer Angst vor den Securitys" – Wenn Jugendhilfe zur Gefahr wird. Mitteldeutscher Rundfunk (MDR). URL: https://tinyurl.com/mr35kt42 [19.3.2026].

Schilling, S., Neuhaus, L., Mürner, B. & Reim, T. (2023). Der professionelle Arbeitsbogen in der Sozialhilfe und das Verhältnis von Organisations- und Professionsrationalität. neue praxis, 2 3 (1), 40-57.

Thiersch, H. (2026). Lebensweltorientierung. In N. Meyer, R. Braches-Chyrek, M. Staats & C. Füssenhäuser (Hrsg.), Diskursive Zugänge zur lebensweltorientierten Sozialen Arbeit (im Druck). Weinheim: Beltz.



DR. ELKE ALSAGO
ist Leiterin der Bundesfachgruppe Erziehung, Bildung und Soziale Arbeit, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)



PROF. DR. NIKOLAUS MEYER
ist Professor für Profession und Professionalisierung Sozialer Arbeit, Hochschule Fulda